

# Ausstieg aus der Atomenergie

**2000-Watt-Gesellschaft** Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich fällten ein pionierhaftes Ja



**ATOMENERGIEAUSSTIEG** Die Stadt Zürich wird ihren Anteil am AKW Gösgen längerfristig verkaufen. Als Alternativen sind Geothermie und Windkraft im Gespräch. SUSI BODMER

**Als erste Gemeinde in der Schweiz verpflichtet sich die Stadt Zürich für den Ausstieg aus der Kernenergie und die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft. Die entsprechende Vorlage wurde mit 76,4 Prozent Ja-Stimmen überdeutlich angenommen.**

JÜRGEN KREBS

«Pioniergeist» spürte der Zürcher Stadtrat Andres Türlér, als er das Abstimmungsergebnis zur 2000-Watt-Gesellschaft vor sich liegen sah: 76,4 Prozent Ja-Stimmen – ein klares Resultat. «Wir sind die erste Gemeinde in der Schweiz, die energiepolitisch langfristige Weichen stellt», sagte Türlér gestern vor den Medien. Stadtratskollege Robert Neukomm – auch er mit dem Dossier betraut – wurde pathetisch: «Zürich hat wieder einmal eine Vorreiterrolle inne.»

Konkret bedeutet dies: Die Stadt Zürich nimmt sich das Modell einer 2000-Watt-Gesellschaft zum Ziel. Sie wird bis 2050 den Energieverbrauch von 6000 Watt Dauerleistung pro Person auf 2000 Watt senken müssen. Zudem soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoss pro Jahr und Einwohner von heute sechs Tonnen auf eine reduziert werden. Die Stadt

fördert die Energieeffizienz und erneuerbare Energiequellen. Schliesslich – es war der im Abstimmungskampf am meisten diskutierte Punkt – verzichtet die Stadt auf neue Beteiligungen und Bezugsrechte an Kernenergieanlagen. In der Konsequenz bedeutet dies den Ausstieg aus der Kernenergie.

## Grünes Parteiprogramm verankert?

Kein Wunder war die Freude bei Markus Kunz gross. Lachend meinte der Präsident der Grünen der Stadt Zürich: «Mit der Annahme der Abstimmungsvorlage wird quasi das grüne Parteiprogramm in der Gemeindeordnung verankert.» Die Taktik seiner Partei sei aufgegangen. Sie hatte eine Motion und eine Initiative fallen lassen, welche die Stadt einerseits aufgefordert hätten, ihren Anteil am AKW Gösgen zu verkaufen und andererseits innerhalb von nur zehn Jahren aus der Nuklearenergie auszusteigen. Damit wurde wohl der Weg für den von der Stimmbürgerschaft angenommenen moderateren Gegenvorschlag des Stadtrats geebnet.

## Warnung vor höheren Stromkosten

Die Gegnerschaft der Vorlage hatte das Nachsehen: Richard Späh, Präsident des Gewerbeverbands der Stadt Zürich und Sprecher des Komitees gegen ruinöse Energiepolitik, war konsterniert: «Ich bin überrascht von der Deutlichkeit des Ergebnisses.» Die Zielsetzung der Vorlage sei zwar richtig, doch die Verknüpfung mit dem Atomenergieausstieg falsch. Er befürchtet nun höhere Mieten, durch Fassadenrenovierungen zur Wärmedämmung und höhere Strompreise, weil auf Alternativen gesetzt wird. Stadtparteipräsident Rolf Siegenthaler, dessen SVP als einzige Partei gegen die Vorlage war, sieht in der langen Übergangsphase bis 2050 den einzig positiven Aspekt der Abstimmung.

Am Atomenergieausstieg der Stadt Zürich dürfte künftig schwer zu rütteln sein. Sie kann sich nämlich über das eigene Elektrizitätswerk (EWZ) selbst mit Energie versorgen und ist damit von künftigen energiepolitischen Entscheiden durch Kanton und Bund unabhängig. Das sieht auch Andres Türlér so: «Selbst wenn sich die Schweiz für ein weiteres Kernkraftwerk entscheidet, beeinflusst das den heutigen Abstimmungsausgang



Medienbeobachtung AG

Limmattaler Zeitung

01.12.2008

Auflage/ Seite

Ausgaben

10360 / 25

300 / J.

Seite 2 / 2

7885

6811101

nicht.» Trotzdem wird der eingeschlagene Weg für Zürich nicht einfach: «Es ist ein ehrgeiziges Ziel», so Türlin, «doch es ist zu schaffen.» In den kommenden Jahren werde die Stadt den Erlös aus der Kernenergie unter ande-

rem in die Förderung erneuerbarer Energien stecken und zur Sicherung von Wasserrechte verwenden. Die Schweizerische Energie-Stiftung glaubt, dass Zürich gestern «energiepolitische Geschichte geschrieben

hat und fordert alle Städte und Gemeinden auf, ihrem Beispiel zu folgen. Speziell zum Ausstieg aus der Atomenergie sagte Stiftungspräsident Geri Müller: «Das Ja der grössten Schweizer Stadt ist ein klares Nein zu einem weiteren Atomkraftwerk in der Schweiz.»